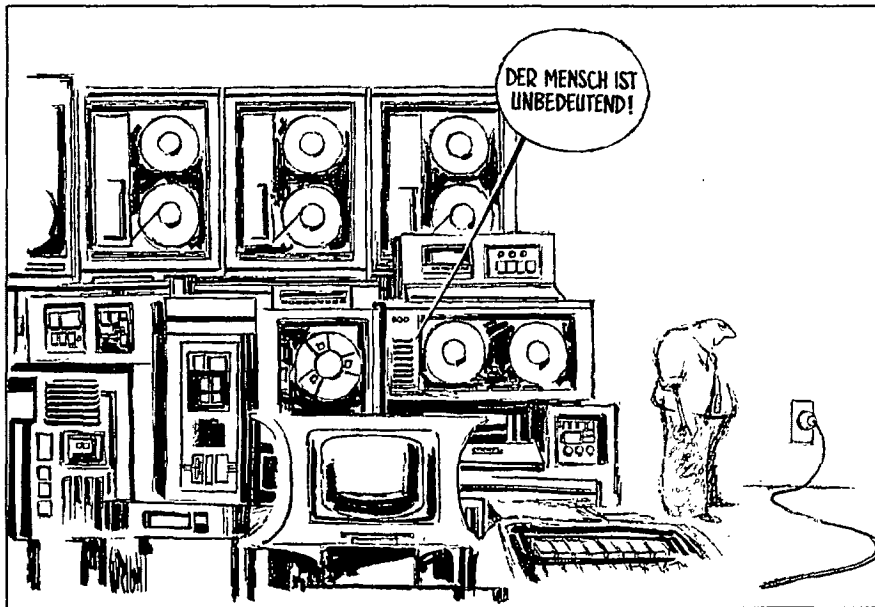


sen sind und ihre Betriebsfunktionen bei einem Netzausfall zusammenbrechen.

Jeder IuK-Schaden kann isoliert auftreten, möglich ist aber auch, daß Fehlerkopplungen sich zu Schäden beträchtlichen Ausmaßes aufschaukeln:

- ▷ Energiereiche Prozesse und hochgiftige Substanzen können außer Kontrolle geraten, wenn vollautomatische Prozeß-Steuerungssysteme versagen – sind die Systeme standardisiert, kann ein Fehler zu Katastrophen in örtlich getrennten Werkskomplexen führen.
- ▷ Da die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Lebensmitteln von IuK-Techniken abhängt, könnten schon beim Ausfall von Kommunikationsverbindungen ernste Versorgungsengpässe auftreten.



Miami News

- ▷ Angesichts der immensen Geldtransaktionen, die schon heute elektronisch und unter hoher Zeitsensibilität getätigt werden, könnte schon ein kurzzeitiger Ausfall künftiger Banken-Netze unabsehbare finanzielle Schäden hervorrufen.

„In dem Maße, wie künftig alle Lebensbereiche von IuK-Techniken durchdrungen werden“, warnen die Autoren, müßten auch die Anstrengungen wachsen, eine „umfassende und effektive Sicherung der IuK-Systeme“ zu erreichen. Da raffinierte technische Kunstgriffe allein nicht ausreichen werden, um Bereicherungsversuche, Spionage und Sabotage zu unterbinden, droht der IuK-Gesellschaft eine weitreichende Überwachung durch Sicherheitsbehörden.

Überprüfungen werden nicht auf die Hersteller von IuK-Systemen beschränkt bleiben, wie die Autoren glauben, sondern auch „all jene Beschäftigten umfassen“, die irgendwo in Versorgungsunternehmen, Banken, Behörden oder Verwaltungen „Gelegenheit hätten, größere

Schäden zu verursachen“. So könnte es notwendig sein, die politische Einstellung der Betroffenen zu prüfen, den Lebensstil zu kontrollieren, die persönlichen Kontakte zu überprüfen und die Vergangenheit auszuleuchten.

Polizeidienststellen würden verstärkte Vorfeldaufklärung betreiben und alle Möglichkeiten elektronischer Fahndungsmethoden ausschöpfen. Nicht mehr das Parlament, sondern Sicherheitsbehörden, so die Staatsrechtler Roßnagel und Wedde, würden dann weitgehend bestimmen, was als „verdächtig oder riskant gilt, was erfassungs- und untersuchenswert erscheint, was ‚gefährlich‘ oder ‚verfassungsfeindlich‘ ist“.

Hoffnungen darauf, das Grundgesetz könne den Überwachungsstaat verhindern, halten Roßnagel und Wedde für

kaum begründet. „In künftigen Entscheidungen“ werde das Bundesverfassungsgericht berücksichtigen müssen, daß IuK-Systeme lebenswichtige soziale Funktionen übernommen haben: „Je größer daher das Schadenspotential der IuK-Anwendungen“, so die Staatsrechtler, „desto stärkere Einschränkungen von Freiheitsrechten“ erlaubten die Prinzipien der Güterabwägung und Verhältnismäßigkeit.

Das sich abzeichnende Dilemma der künftigen IuK-Gesellschaft erscheint dem Autoren-Team dann lösbar, wenn die Industriegesellschaft zu einer „tiefgreifenden Neuorientierung“ bereit sei. Die Anwendung neuer IuK-Technik dürfte künftig nicht mehr an Maßstäben wie „wirtschaftliches Wachstum“, „Weltmarktkonkurrenz“ oder „technischer Fortschritt“ gemessen werden.

Diese Werte, zitieren die Autoren den Bamberger Soziologen Ulrich Beck, seien der „kulturelle und politische Boden, auf dem Risiken und Gefährdungen blühen, wachsen und gedeihen“.

CDU/REPUBLIKANER

Vielfältige Bettszenen

Ärger für Lothar Späth: Sein Amtsvorgänger Filbinger duldete einen Funktionär der Republikaner im Präsidium eines CDU-nahen Studienzentrums.

Maria Obermeier hat nur gute Erinnerungen an die illustren Gäste: „Zu mir waren die alle lieb und nett.“

Einmal im Jahr muß die Verkehrsamtsleiterin im hohenloheischen Städtchen Weikersheim mit einem sprunghaft ansteigenden Gästeaufkommen fertig werden. Bis zu 800 Teilnehmer reisen zu den Tagungen des „Studienzentrums Weikersheim“ im idyllisch gelegenen Renaissance-Schloßchen an. Maria Obermeier: „Alles friedliche Leute.“

Unfrieden gibt es neuerdings trotzdem. Für Aufregung, vor allem unter baden-württembergischen Christdemokraten, sorgte die Nachricht, ausgerechnet Republikaner-Landessprecher Rolf Schlierer, 34, wirke in der Weikersheimer „Denkfabrik“ („Stuttgarter Zeitung“).

Daß ein Spitzenfunktionär der Rechtsradikalen im Kuratorium des Studienzentrums saß, war den CDU-Oberen im Ländle außerordentlich peinlich. Denn im Weikersheim-Kuratorium ist, neben Würdenträgern aus Wirtschaft, Klerus und Militär, reichlich baden-württembergische Unionsprominenz vertreten: nicht nur Innenminister Dietmar Schlee, 51, Justiz-Staatssekretär Eugen Volz, 57, der Biberacher Landrat und Landtagsabgeordnete Wilfried Steuer, 56, sondern auch Ministerpräsident Lothar Späth, 51.

Bemüht, rufschädigende Nähe zu den neuen Braunen zu vermeiden, hatte Späth Anfang des Monats jedem Parteifreund, der mit Republikanern kooperiert, ein Ausschlußverfahren angedroht. Als der Fall seines Kuratoriumskollegen Schlierer publik wurde, reagierte Späth recht barsch. „Herr Professor Filbinger“, ließ der in der Toskana weilende Ministerpräsident am 17. Juli mitteilen, solle „die leidige Angelegenheit noch in dieser Woche“ regeln.

Späths Amtsvorgänger Hans Karl Filbinger, 75, hatte den smarten Jung-Rechten, der seit Jahren dem Kuratorium angehörte, zu allem Überfluß auch noch in das achtköpfige erweiterte Präsidium geholt. Er war beeindruckt von dessen politischen Sprüchen: „Interessant, geschiet und anregend.“

Daß ihm die Gesinnung des Republikaners nicht als rechtsabweichlerisch auffiel, kennzeichnet die Einstellung des konservativen Christdemokraten, der 1978 als Ministerpräsident zurücktreten mußte. Damals war bekannt geworden, daß er vor Kriegsende als

Marinerichter an Todesurteilen beteiligt gewesen war (SPIEGEL 20/1978).

Die Weikersheim-Affäre wirft ein bezeichnendes Licht auf das geistige Klima in dem 1979 von Filbinger gegründeten Studienzentrum und auf die Rolle, die der Ex-Ministerpräsident auch nach seinem erzwungenen Rücktritt in der Union spielte: Zwar stellten seine Parteifreunde den „furchtbaren Juristen“ (so der Schriftsteller Rolf Hochhuth über Filbinger) ins Abseits, in Ungnade aber ließen sie ihn nicht fallen.

Den Parteivorsitz hatte Filbinger nach den Enthüllungen über seine Vergangenheit noch ein knappes Jahr behalten dürfen; danach wurde er zum Ehrenvorsitzenden befördert. In offizieller Mission konnte Filbinger ins Ausland reisen, und zu seinem 70. Geburtstag verlieh ihm Späth den Titel „Professor“ – wegen seiner Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft.

Auf CDU-Veranstaltungen ließ die Union den Ex-Ministerpräsidenten nach wie vor auftreten. Als Parteihistoriker pries er die Union als „Bollwerk gegen die wachsende Permissivität des Staates“, der „Chaoten und militanten Gewalttätigen“ freien Lauf lasse.

Weil mit derlei Law-and-order-Parolen Wähler zu gewinnen sind, schickt die CDU den Rechtsausleger noch immer gern auf Stimmenfang zu Senioren. Da befreit er dann, wie bei einem „Bunten Nachmittag“ im letzten Landtagswahlkampf im oberschwäbischen Baienfurt, die „geschmähete Generation“ (Filbinger-Buchtitel) von nationaler Schmach: „Das Volk als Ganzes trägt keine Schuld.“

Der Vergangenheitsbewältigung dient auch Filbingers Studienzentrum, das sich nach seinen Angaben ausschließlich aus Spenden trägt. Zwecks geistig-moralischer Erneuerung erörtern alljährlich im 480 Quadratmeter großen Rittersaal, dem Prunkstück des staatseigenen Schlosses, die Anhänger des Studienzentrums Themen, die Konservative bewegen. Gestritten wird vor allem gegen Moralverfall, Zügellosigkeit und den Ausverkauf der deutschen Nation. Aber auch die Christdemokraten bekommen ihr Fett ab – sie hätten die Wende versprochen, aber nicht herbeigeführt.

Das Präsidiumsmitglied Philosophie-Professor Günter Rohrmoser, 61, den Filbinger der Universität Stuttgart-Hohenheim aufgedrängt hatte und der seine Mitarbeit im Studienzentrum mittlerweile aufkündigte, hält die „ganze Koalition“ in Bonn für eine „Fehlkonstruktion“; Heiner Geißlers „Strategie“ sei die „Krankheit, für deren Therapie sie sich hält“.

In einer Veranstaltung des Studienzentrums beklagte der frühere Familienminister Bruno Heck, 72, daß „Sitte und Moral unmerklich verdunstet“ seien. Und da geißelte die Kampfpädagogin Christa Meves, 64, das Verrohungsmedium Fernsehen und den TV-Kommis-



Christdemokraten Späth, Filbinger: Stimmenfang bei Ewiggestrigen

sar Schimanski, der in „vielfältigen Bett-szenen“ gezeigt werde.

Auch der konservative Geschichtsprofessor Ernst Nolte, 66, der mit relativierenden Äußerungen über Hitler 1986 den Historikerstreit auslöste, sprach in Weikersheim zum Wohlgefallen der Ewiggestrigen. Es könne, so Nolte, „keine deutsche Identität geben, solange sich die Deutschen nur negativ oder abwehrend mit der Epoche des Faschismus auseinandersetzen“.



Republikaner Schlrier
Radikaler in der Denkfabrik

Der Bochumer Politologie-Professor Bernard Willms, 58, ein Radikaler im öffentlichen Dienst, wurde mit rauschendem Beifall bedacht, als er ein paar passende Worte zur Vergangenheitsbewältigung sagte. Die Deutschen müßten sie, meinte er, „zu einer Sache der Wissenschaft neutralisieren“. Denn: „Wer die Wunde Hitler offenhält, kämpft nicht um, sondern gegen deutsche Identität.“

Bei den stets von Gottesdiensten begleiteten Veranstaltungen treffen sich keineswegs nur ausgewiesene Reaktio-

näre. Eingeladen werden auch schon mal Sozialdemokraten wie der niedersächsische SPD-Spitzenmann Gerhard Schröder, aufgeklärte CDU-Mitglieder wie Rita Süßmuth oder Grüne wie der frühere Landtagsabgeordnete Wolf-Dieter Hasenclever.

Zumeist aber erfreuen die Angebote Kämpfen von Rechtsaußen. Mit radikalen Rechten befinden sich Weikersheim-Leute häufig im Gleichklang. So reihte sich Albrecht Jebens, 43, Geschäftsführer des Studienzentrums und Filbingers persönlicher Referent, bei einem Treffen von Gruppen der „Neuen Rechten“ im März 1986 in Ludwigsburg in eine Schar deutschnationaler Sangesfreunde ein. Aus voller Kehle schmetterte Jebens das Deutschlandlied in die Runde, erste Strophe: „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt.“

Nach dem Bekanntwerden von Filbingers Republikaner-Verbindung beeilte sich der Landesvorsitzende der baden-württembergischen NPD, Jürgen Schützinger, 36, dem Späth-Vorgänger für dessen „wertvolle politische Vorfeldarbeit“ zu danken. „Zahlreiche Nationaldemokraten“, so Schützinger, bedienten sich immer wieder der „wertvollen Seminare“ des Filbinger-Zentrums.

„Das Kompliment hätten wir nicht gebraucht, wir Weikersheimer“, kommentierte letzte Woche Schloßverwalter Helmut Schwarz, 49, die Lobesworte von Rechtsaußen. Denn mittlerweile fürchten die Bürger des 3500-Einwohner-Städtchens um ihren Ruf. Die stellvertretende Bürgermeisterin Erika Thierauf forderte am Mittwoch letzter Woche in der „prekären Angelegenheit“ eine schnelle Entscheidung, „damit kein brauner Schatten auf Weikersheim und das Studienzentrum fällt“.

Tags darauf gab Filbinger bekannt, das Zentrum habe sich von dem Republikaner Schlrier getrennt – angeblich aus eigener Einsicht, „nicht auf irgendeine Weisung hin“.